

Medienmitteilung

Thema	Stellungnahme künftige Finanzierung der Strasseninfrastruktur und des öffentlichen Verkehrs
Für Rückfragen	András Özvegyi, Präsident GLP Kanton Luzern, Tel. 079 503 94 66 Franziska Rölli, Kantonsrätin GLP Kanton Luzern, Tel. 079 471 61 39
Absender	Angela Achermann, Grünliberale Partei Kanton Luzern, 6000 Luzern lu@grunliberale.ch / www.lu.grunliberale.ch , Tel. 079 699 55 79
Datum	13. Januar 2026

Zukunftsfähige Mobilität braucht klare Prioritäten und verursachergerechte Finanzierung

Die Grünliberalen Kanton Luzern (GLP) haben ihre Stellungnahme zur Vernehmlassung *«Künftige Finanzierung der Strasseninfrastruktur und des öffentlichen Verkehrs»* eingereicht. Die GLP unterstützt den vorgeschlagenen neuen Verteilschlüssel der zweckgebundenen Einnahmen, knüpft diesen jedoch an klare Bedingungen und ergänzt ihn mit konkreten Forderungen für eine langfristig tragfähige Mobilitätsfinanzierung.

Die GLP anerkennt, dass zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur notwendig sind, um den bestehenden Projektstau abzubauen und lange überfällige Massnahmen endlich umzusetzen. Entscheidend ist dabei, die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems zu verbessern – mit einem klaren Fokus auf Fuss- und Veloverkehr sowie den öffentlichen Verkehr. Gleichzeitig warnt die GLP davor, den öffentlichen Verkehr bei künftigen Sparmassnahmen unter Druck zu setzen. Deshalb fordert sie, die neue Regelung zeitlich zu befristen und ihre Auswirkungen regelmässig zu überprüfen.

Senkung des Fahrkostenabzugs als fehlender Baustein

Aus Sicht der GLP wurde in der Vorlage eine zentrale, verursachergerechte Finanzierungsoption nicht geprüft: die Senkung des Fahrkostenabzugs in der Steuererklärung. Diese Massnahme würde substanzielle Mehreinnahmen für Kanton und Gemeinden generieren und dazu beitragen, die ab 2028 steigenden Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur teilweise zu kompensieren. Gleichzeitig würden die Gemeinden bei den finanziellen Mehrbelastungen seit der Aufgaben- und Finanzreform entlastet.

Die GLP fordert deshalb eine Senkung des Fahrkostenabzugs ab 2028 und kündigt an, dieses Anliegen in der Januarsession 2026 mit einer Motion im Kantonsrat einzubringen.

Mobility Pricing als langfristige Lösung

Darüber hinaus fordert die GLP die Einführung eines Mobility Pricings in einem längerfristigen Horizont. Leistungs- und auslastungsabhängige Preise ermöglichen eine verursacher-

gerechte Verkehrslenkung, reduzieren Spitzenbelastungen und stärken die effiziente Nutzung der bestehenden Infrastruktur. Gleichzeitig kann Mobility Pricing langfristig einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur leisten.

Mut zur Lösung statt teurer Ausbaupolitik

Für die GLP ist klar: Eine zukunftsfähige Mobilitätspolitik setzt nicht einseitig auf immer mehr Teer und Beton, sondern auf intelligente Steuerung, klare Prioritäten und faire Finanzierung. Mit ihrer Stellungnahme und der angekündigten Motion bringt die GLP konkrete Lösungen auf den Tisch – für eine leistungsfähige, finanzierbare und zukunftsgerichtete Mobilität im Kanton Luzern.

Anhang:

- Stellungnahme GLP «Künftige Finanzierung der Strasseninfrastruktur und des öffentlichen Verkehrs»